

Kurz berichtet

Kassieren ohne Kleben: Österreich bietet digitales Pickerl an

WIEN (dpa) - Autofahrer können zur Bezahlung der Maut in Österreich künftig auch auf eine digitale Vignette zurückgreifen. „Ab nächstem Jahr ist Schluss mit Kleben und Kratzen. Damit treffen wir den Nerv der Zeit“, sagte Verkehrsminister Jörg Leichtfried (SPÖ) am Dienstag in Wien. Die digitale Variante ergänzt die klassische Klebevignette. Sie kann ab November online und via App zu den regulären Preisen bestellt werden. Gültig

ist sie aber wegen des EU-Rücktrittsrechts bei Onlinekäufen erst 18 Tage später.

Ab Mitte 2018 soll die digitale Vignette zusätzlich mit sofortiger Wirkung in Kiosken oder Tankstellen gekauft werden können. Dabei wird das Kennzeichen des Fahrzeugs in ein öffentlich einsehbares Register eingeschrieben, was im Vorfeld zu Kritik von Datenschützern führte. Weitere Informationen werden laut Ministerium aber nicht aufscheinen.

Nach Angaben des österreichischen Autobahnbetreibers Asfinag nimmt die Alpenrepublik mit der Pkw-Maut selbst rund 472 Millionen Euro jährlich ein. 70 Millionen Euro kommen von deutschen Fahrern. Wien ist einer der größten Kritiker im Streit um die deutsche Pkw-Maut. Österreich hat für den Sommer eine Klage vor dem Europäischen Gerichtshof angekündigt, weil die von der CSU initiierte „Ausländer-Maut“ diskriminierend und europarechtswidrig sei.



Verkehrsminister Jörg Leichtfried (links) und Asfinag-Vorstand Klaus Schierhackl präsentieren die digitale Vignette. FOTO: ASFINAG

Informationen der Asfinag zur digitalen Vignette: www.schwaebische.de/pickerl

Blitzermarathon am Mittwoch und Donnerstag

MÜNCHEN (lby) - Mit einem Blitzermarathon geht Bayerns Polizei am Mittwoch und Donnerstag gegen Raser vor. Die Aktion beginnt am heutigen Mittwoch um 6 Uhr und dauert 24 Stunden. Insgesamt Polizisten und 50 Messtechniker messen bei der fünften bayernweiten Aktion dieser Art an mehr als 1900 Stellen die Geschwindigkeit von Auto- und Motorradfahrern. Besonders Landstraßen stünden im Blickpunkt, teilte das bayerische Verkehrsministerium mit.

Durchsage warnt vor Bettler-Banden in S-Bahnen

STUTTGART (lsw) - Per Lautsprecherdurchsage warnt die Deutsche Bahn (DB) S-Bahn-Fahrer in Stuttgart vor Bettler-Banden. „Diese Durchsagen schalten wir von Zeit zu Zeit anlassbezogen auf bestimmten Linien, wenn Bettelien vermehrt in Erscheinung treten“, sagte ein DB-Sprecher am Dienstag. Zuvor hatte die „Bild“-Zeitung darüber berichtet. Hinweise auf Bettler in Zügen habe es sowohl von DB-Mitarbeitern als auch von Fahrgästen gegeben, sagte der DB-Sprecher. „Wenn die Fahrgäste sich da zurückhalten und kein Geld geben, entziehen sie den Banden die Grundlage.“

Gericht lehnt Antrag auf Neuwahlen in Eppelheim ab

KARLSRUHE (lsw) - Im Streit um die Bürgermeisterwahl in Eppelheim (Rhein-Neckar-Kreis) hat die parteilose Kandidatin Patricia Popp einen juristischen Erfolg erzielt. Das Verwaltungsgericht in Karlsruhe lehnte den Antrag eines Bürgers auf Wiederholung der Abstimmung am Dienstag ab. Allerdings muss Wahlsiegerin Popp eine mögliche Berufung abwarten. Der Kläger hatte den Urnengang von Oktober 2016 mit dem Argument angefochten, ein Wahlplakat habe zu nah am Stimmlokal gehangen. Dem folgte das Gericht aber nicht.

Anklage nach Mord in Asia-Restaurant

BACKNANG (lsw) - Nach dem Mord an der Betreiberin eines Asia-Restaurants in Backnang (Rems-Murr-Kreis) hat die Staatsanwaltschaft Stuttgart Anklage gegen zwei Verdächtige erhoben. Den Männern im Alter von 42 und 46 Jahren wird vorgeworfen, die 53-Jährige beraubt und getötet zu haben, wie die Behörde am Dienstag mitteilte. Sie sollen sich in der Nacht zum 4. März 2016 im Restaurant versteckt und die Inhaberin niedergeschlagen haben. Dann sollen sie die Frau mit weiteren Schlägen so traktiert haben, dass sie starb. Sie flüchteten demnach mit Wertsachen und Geld. Der Fall wird am Landgericht Stuttgart verhandelt, die Termine stehen noch nicht fest.



Tatort: Die „Asien Perle“ in Backnang. FOTO: DPA

Vier Verletzte bei Unfall auf schneebedeckter A 8

LUDWIGSBURG (lsw) - Der Winter einbruch hat am Dienstag auf der Autobahn 8 bei Ludwigsburg zu einem Unfall mit vier Verletzten geführt. Wie die Polizei mitteilte, war eine 20-Jährige auf schneebedeckter Straße ins Schleudern gekommen und gegen die Mittelleitplanke geprallt. Ein hinter ihr fahrender 47-Jähriger bremste deswegen, verlor auf dem Schneematsch aber die Kontrolle über sein Auto. Ein 33-Jähriger im folgenden Wagen bremste ebenfalls – worauf ein 28-Jähriger auffuhr. Der 33-Jährige schleuderte im Auto in der Folge gegen den Auflieger eines Sattelzugs und stieß mit dem Wagen eines Gleichaltrigen zusammen. Die Verursacherin und zwei der Männer wurden schwer verletzt. Ein weiterer verletzt sich leicht.



Dieses Modell des Architektenentwurfs zeigt, wie das Besucherzentrum einmal aussehen soll.

FOTO: STURM + WARTZECK GMBH

Prestigeobjekt mit Schönheitsfehler

Weiter Streit um Holzbau für Besucherzentrum des Nationalparks Schwarzwald

Von Katja Korf

STUTTGART - Der 13. Mai wird ein Termin fürs Fotoalbum. Im Nationalpark Schwarzwald legen Ministerpräsident Winfried Kretschmann (Grüne) und weitere Politprominenz des Landes den Grundstein für das neue Besucherzentrum, 32 Millionen Euro kostet der Holzbau. Das spektakuläre Bauwerk soll sichtbar für den Schwarzwald werben. Nur: Ob es aus baden-württembergischem Holz gebaut wird, bleibt fraglich.

Vor mehr als einem halben Jahr mussten sich das Umwelt- und das Finanzministerium erstmals mit dem sperrigen Thema beschäftigen. Bauherrin ist nämlich Finanzministerin Edith Sitzmann (Grüne). Unter ihrer Ägide steht das Amt für Vermögen und Bau in Pforzheim, das den Bau betreut. Inhaltlich verantwortlich für den Nationalpark zeichnet Franz Untersteller (Grüne). Das Problem: Die Fachleute im Finanzministerium bereiten seit Langem die Ausschreibung für die Holzbauten vor. Sie halten sich streng an geltendes EU-Recht. Nach ihrer Auffassung ist es nicht erlaubt, für den Prestigebau im Schwarzwald nur regionales Holz als Baustoff zu fordern. Das könne Klagen wegen Verstößen gegen das Wettbewerbsrecht nach sich ziehen.

Alaskazeder aus Nordamerika

Nachdem der Allgäuer CDU-Abgeordnete Raimund Haser eine Anfrage zum Thema gestellt hatte und die „Schwäbische Zeitung“ berichtete, setzte hinter den Kulissen weitere Aktivität ein. Denn grundsätzlich wollen alle Beteiligten nicht, dass ein Leuchtturm des Landes zum Beispiel

aus russischem Holz errichtet wird. So weit wird es nun nicht kommen – das ist die gute Nachricht. Ein Teil des Materials wird definitiv aus der Region kommen. 90 Prozent der Schindeln an der Fassade des Gebäudes stellt der Landesbetrieb ForstBW aus staatlichen Wäldern. Der Bau wird mit Fichte und Alaskazeder verkleidet. Letztere muss allerdings aus Nordamerika importiert werden.

Das Land habe sich dennoch dafür entscheiden, um den optischen Anforderungen des Architekten genügen zu können. Heimische Hölzer seien dazu nicht geeignet gewesen. Denn der Aussichtsturm soll sich deutlich von den quer liegenden Gebäuderiegeln abheben, er wird einem stehenden Baumstamm ähneln. „In einem intensiven Abwägungsprozess hat das Land zugunsten des Entwurfsgedankens entschieden“, teilt das Finanzministerium mit. Der Landtagsabgeordnete Klaus Hoher

(FDP) aus dem Bodenseekreis hält das aus zwei Gründen für falsch. „Bei der Gestaltung der Außenfassade des Turms entscheidet sich die Landesregierung nun nicht für eine kostengünstige Stülpschalung oder wenigstens im Sinne der Regionalverbundenheit für Schindeln aus Schwarzwälder Fichte, sondern für teure Schindeln aus nordamerikanischem Zypressenholz“, moniert er. Das Kostencontrolling für den Bau sei aus dem Ruder gelaufen.

Verweis auf EU-Recht

Von ForstBW und damit auf jeden Fall aus Baden-Württemberg stammen außerdem nur rund sieben Prozent des gesamten Bauholzes. Beim Rest konnte man die Ausschreibung nach Auffassung der Fachleute nur ein wenig enger fassen als zunächst geplant. ForstBW selbst hätte in der Kürze der Zeit nicht so viel Material liefern können. „Wir haben die ursprüngliche Ausschreibung jedoch

so weit eingegrenzt, wie es aus rechtlicher Sicht vertretbar ist“, sagt ein Sprecher des Finanzministeriums. Damit könnte das Holz nur aus den Nachbarbundesländern oder maximal aus Frankreich kommen. Eines gilt vielen Verantwortlichen als besonders unschönes Szenario: Bayern, der große Rivale im Wettlauf um den Spitzenplatz unter den Bundesländern, könnte Holz für den heimischen Nationalparkbau liefern.

„Wir hätten es uns auch anders gewünscht, das EU-Recht hat uns aber die Hände gebunden“, sagt der Sprecher von Umweltminister Untersteller. Der hatte zuvor deutlich signalisiert, dass ihm der geplante Anteil heimischen Holzes zu wenig sei.

Zu Beginn des vergangenen Jahres hatte die Initiative „Holz von Hier“ ein Rechtsgutachten zum Thema erstellen lassen. Der Aachener Professor Walter Frenz, Experte für Vergaberecht, kam zu dem Schluss: Da der Klimaschutz ein hohes Gut in der EU sei, dürfe man die Wettbewerbsfreiheit einschränken. Schließlich sei es wesentlich klimafreundlicher, Holz aus der Nähe zu verbauen. Doch dieser Einschätzung wollte man in der Landesregierung nicht folgen.

CDU-Mann Haser kommentiert den Vorgang so: „Offenbar hat meine Anfrage einen Denkprozess in Gang gebracht und es hat sich etwas bewegt.“ Dennoch ist er nicht restlos überzeugt, dass es keine andere Lösung als die jetzige geben soll. Und: „Mich schockiert noch immer, dass man bei einem solchen Bauprojekt zunächst offenbar gar nicht daran gedacht hat, Holz aus der Region zu beziehen.“

Wegekonzept für Nationalpark beschlossen

Anfang April hat der Nationalparkrat das Wegekonzept für den Park beschlossen. Seit Herbst konnten Bürger auf einer Webseite Anregungen und Kritik zu den Plänen äußern. Diskussionen hatte vor allem die Frage ausgelöst, wie viele Wege weiterhin für Wanderer und Radfahrer geöffnet bleiben. Nun steht fest: Von derzeit 1200 Kilometern Wander- und Wirtschaftswegen im Nationalpark-Gebiet dürfen Wanderer noch 400 Kilometer nutzen. Die übrigen liegen in jenen Gebieten,

die sich selbst überlassen werden und verwildern. Hier sollen seltene Tiere und Pflanzen ungestört leben können. Radfahrer müssen mit rund 150 Kilometern auskommen – allerdings sind das sogar 30 Kilometer mehr als bisher. Doch Mountainbiker klagen, es würden ausgerechnet jene Routen geschlossen, die viele Einheimische nutzen. Außerdem werde der Naturschutz stärker gewichtet als der Erholungsfaktor des Nationalparks. (tja)

Weniger Kinder erhalten kostenfreies Obst und Gemüse

EU-Fördermittel für das Schulfruchtprogramm im Südwesten sinken – Baden-Württemberg setzt auf Sponsoren

Von Bettina Grachtrup

STUTTGART (lsw) - In Baden-Württemberg werden bald weniger Kinder in den Genuss von kostenfreiem Obst und Gemüse in den Schulen kommen. Der Grund dafür ist, dass die Fördermittel der Europäischen Union für das Schulfruchtprogramm im Südwesten von zuletzt 7,5 Millionen auf 4,7 Millionen Euro im Schuljahr sinken, wie die Staatssekretärin für den Ländlichen Raum und Verbraucherschutz, Friedlinde Gurr-Hirsch (CDU), am Dienstag in Stuttgart sagte.

Weiterführende Schulen fallen raus

Im laufenden Schuljahr bekommen rund 390 000 Kinder wöchentlich Obst und Gemüse. Doch das wird nicht so bleiben. Schon bald werden es wohl noch rund 250 000 Kinder sein – an den Grundschulen, Kindergärten und Kindertagesstätten. Das ist dann etwa ein Drittel aller Kinder an diesen Einrichtungen. Die weiter-



Seit Jahren fördert die Europäische Union die Verteilung von Obst, Gemüse und Milch in den Schulen. FOTO: DPA

führenden Schulen fallen wegen der knappen Fördermittel in Zukunft ganz raus aus dem Schulfruchtprogramm.

Rund 86 000 Kinder an Grundschulen, Kindergärten und Kitas

können zusätzlich eine Portion Milch, Joghurt, Käse oder Quark bekommen – das sind elf Prozent aller dortigen Kinder. Die Portionen sind künftig kostenfrei. Bislang beteiligte sich die EU nur mit kleineren Beträ-

gen pro Milchtüte. Nicht mehr gefördert werden allerdings gezuckerte und aromatisierte Milchprodukte. Sowohl beim Obst und Gemüse als auch bei der Milch setzt Baden-Württemberg auch künftig auf Sponsoren – zusätzlich zu den Fördermitteln der Europäischen Union.

Anmeldungen bis zum 2. Juni

Schulen können sich vom 24. April bis zum 2. Juni anmelden. Nehmen sie an dem EU-Schulprogramm teil, sind sie verpflichtet, die Schüler pädagogisch auf Themen wie gesunde Ernährung hinzuweisen. „Uns geht es darum, dass Einstellungen geprägt werden“, erklärte Staatssekretärin Gurr-Hirsch. „Ich glaube, dass es für manche Kinder eine schöne Erfahrung ist, überhaupt morgens gemeinsam etwas zu essen.“

Das Schulfruchtprogramm war 2010 mithilfe der Europäischen Union von der damaligen schwarz-gelben Landesregierung eingeführt worden.

Schwäbische Zeitung

Gegründet 1945
Erscheinungsweise: Werktäglich - Erscheinungsorte: Aalen, Biberach, Ehingen, Ellwangen, Friedrichshafen, Lachingen, Laupheim, Leutkirch, Lindau, Markdorf, Meßkirch, Pfullendorf, Ravensburg, Riedlingen, Bad Saulgau, Sigmaringen, Spachingen, Tettnang, Trossingen, Tuttlingen, Ulm, Bad Waldsee, Wangen.

Redaktion
Chefredakteur: Dr. Hendrik Groth (verantwortlich)
Stellv. Chefredakteur: Andreas Müller, Christoph Plate;
Mitglied der Chefredaktion: Yannick Dilling (digital);
Jochen Schlotter (CVD Redaktion); Politik: Claudia Kling; Wirtschaft: Benjamin Wagner; Gestaltung: Mark Hildebrandt;
Seite Drei: Christoph Plate; Journal/Kultur: Barbara Miller; Sport: Filippo Cataldo;
Beilagen/Wochenende: Dirk Uhlenbruch; alle 88212 Ravensburg, Karlstraße 16
Redaktion Stuttgart: Kara Ballarin, Katja Korf
Redaktion Berlin: Sabine Lennartz
Regionalreporter Allgäu/Bodensee: Uwe Jaub

Korrespondenten in Washington, Moskau, Paris und Brüssel.
Druck: Druckhaus Ulm-Oberschwaben GmbH & Co. KG, Weingarten und Ulm

Verlag
Schwäbischer Verlag GmbH & Co. KG Drexler, Gessler
Karlstraße 16, 88212 Ravensburg;
Telefon 0751 / 2955-0; Telefax 0751 / 2955-991499
Anzeigen-Telefon 0751 / 2955-991139
Geschäftsführer: Dr. Kurt Sabathil

Verlagsdirektor: Michael Meyer-Böhm
Verantwortlich für Anzeigen: Reinhard Hofer
Marketing und Vertrieb: Ronald Koppelt
Zustellung und Logistik: Alexander Bachmann
Zeitungsproduktion: Klaus Zellmer
Chef vom Dienst: Bernd Scheibitz
Für Anzeigen und Beilagen gelten die Geschäftsbedingungen der Preisliste Nr. 69 vom 11.2017. Für den Inhalt der Lokalteile sind die Lokalredaktionen und die lokalen Anzeigenleiter verantwortlich. Für unverlangte Manuskripte wird keine Gewähr übernommen. Falls durch Eintritt höherer Gewalt, bei Streik oder Aussperzung keine Zeitung geliefert werden kann, ist eine Entschädigung ausgeschlossen.

Abonnenten-Service: Telefon: 0751 / 29 555 555
Telefax: 0751 / 29 555 556
E-Mail: aboservice@schwaebische.de
E-Mail: redaktion@schwaebische.de